

Ressort: Politik

NPD klagt vor Bundesverfassungsgericht

Karlsruhe, 16.09.2017, 10:01 Uhr

GDN - Mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht will die NPD erreichen, dass sie weiterhin finanzielle Unterstützung vom Staat erhält. Wie ein Gerichtssprecher bestätigte, ging in dieser Woche ein entsprechender Antrag der Partei in Karlsruhe ein.

Die Klage richtet sich gegen einen im Juni gefassten Beschluss des Bundestags zur Änderung des Grundgesetzes, schreibt der "Spiegel". Demnach sollen verfassungsfeindliche Parteien von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen werden. Seit Jahren hat die NPD mit den Folgen einer Spendenaffäre und diverser Finanzskandale zu kämpfen. Ohne Staatsgeld wäre die Kleinpartei kaum überlebensfähig: Laut NPD-Rechenschaftsbericht betrug der Anteil staatlicher Mittel an den Gesamteinnahmen zuletzt fast 49 Prozent. Größere Spenden von externen Gönnern oder finanzkräftigen Altnazis tauchen in dem Bericht dagegen nicht mehr auf.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-94725/npd-klagt-vor-bundesverfassungsgericht.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619